Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 33 (1954)
Heft: 6

Rubrik: Tatsachen + Dokumente

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Seite eifrig genährte Mär, das Dritte Reich habe nur einen Kampf zum Schutz der abendländischen Kultur geführt, ist Reitlingers Buch eine starke und unwiderlegliche Waffe.

In die Anerkennung für die bewundernswerte Leistung, die wir der rastlosen Energie eines — wenn auch von vielen Institutionen durch Beistellung von Material unterstützten — einzelnen zu verdanken haben, mischt sich das Bedauern, daß dieses Buch nicht von einem Deutschen und einem Nichtjuden geschrieben wurde.

Korrigenda: Auf Seite 151, 12. Zeile, Gauleiter statt Bauleiter.

TATSACHEN + DOKUMENTE

Aus der deutschen Sozialdemokratie

Empfehlungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zur Parteidiskussion

Die Sozialdemokratische Partei war stets bemüht, ihre Politik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der geistigen Entwicklung zu überprüfen. Sie muß das auch weiterhin tun. Jede sachliche Diskussion um Weg und Ziel der Partei ist ein Zeichen lebendiger Kraft. Freiheit der Diskussion und Gemeinsamkeit des Handelns bezeugen die Stärke der Sozialdemokratie.

I.

Das Wesen der Sozialdemokratischen Partei

Die Sozialdemokratische Partei ist eine Gemeinschaft von Menschen, die für soziale Gerechtigkeit, für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung und für geistige und politische Freiheit kämpfen. Diese ethisch-politische Verpflichtung steht nicht im Gegensatz zu metaphysischen Überzeugungen und religiösen Bindungen, die der einzelne für sich anerkennt. Auch wer von der Unvollkommenheit und Vorläufigkeit aller menschlichen Ordnungen überzeugt ist, kann als Sozialist für eine Veränderung der Gesellschaft kämpfen, die dem Ideal der Gerechtigkeit so nahe wie möglich kommt und allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht.

Die Sozialdemokratische Partei ist nach ihren Grundsätzen und ihren Zielen nicht auf die Vertretung einer einzigen Gruppe des Volkes beschränkt. Die Arbeiterschaft bildet den Kern der Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratie. Der Kampf und die Arbeit der Sozialdemokratie aber liegen im Interesse aller, die kein Herrschafts- und Bildungsprivileg für sich und ihre Gesellschaftsschicht aufrechterhalten wollen oder anstreben.

Die Erfolge des demokratischen Sozialismus in England und den skandinavischen Ländern beweisen, daß es der Sozialdemokratie, gestützt auf die Arbeiterschaft, möglich ist, weitere Gesellschaftsschichten für die Ziele des Sozialismus zu gewinnen.

Die Sozialdemokratie und der Marxismus

Die Diskussion um den Marxismus ist so alt wie die Sozialdemokratie selber. Das Zerrbild des Marxismus, das heute den Sozialdemokraten von ihren Gegnern unterstellt wird, soll den demokratischen Sozialismus als einen Zwillingsbruder des Kommunismus verdächtigen. Die Haltung der Sozialdemokraten ist wiederholt dargelegt worden. Schon 1945 erklärte Kurt Schumacher: «Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalyse, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder

ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.» In der von der SPD mitbeschlossenen Prinzipienerklärung der Sozialistischen Internationale vom Juli 1951 heißt es: «Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: Eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.» Das Dortmunder Aktionsprogramm vom September 1952 ist auf diesen Grundsätzen aufgebaut. Auch die Ziegenhainer Entschließung von 1947, die Erklärung der Bentvelder Internationalen Sozialistentagung von 1953 zum Thema Religion, Ethik und Sozialismus sowie die Reden, die 1953 bei der Karl-Marx-Feier in Trier gehalten wurden, sind vom gleichen Geiste getragen.

Dem kommenden Parteitag wird eine Präambel zum Aktionsprogramm vorgeschlagen werden, in der auch die grundsätzliche Haltung der Sozialdemokratie zusammengefaßt verdeutlicht wird.

Jeder Sozialdemokrat muß sich bewußt sein, wie leicht er durch einen Sprachgebrauch, der mit der Wirklichkeit sowie den Erkenntnissen und der politischen Praxis der Sozialdemokratischen Partei nicht in Einklang steht, Mißverständnissen Vorschub leisten kann. Immer jedoch muß deutlich bleiben, daß eine neue Gesellschaft das Ziel der Sozialdemokratie ist; in dieser Gesellschaft soll es keine Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und durch Machtgebilde geben.

Grundsatzprogramm und Aktionsprogramm

Ein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei erfordert gründliche theoretische Vorarbeit. Sie wird von einer Studienkommission sozialistischer Forscher geleistet.

Diese Studienkommission wird zur Vorbereitung eines Grundsatzprogramms auch die Entwicklung des demokratischen Sozialismus in anderen Ländern untersuchen.

Dem Parteitag wird vorgeschlagen werden, die Arbeiten einer solchen Studienkommission durch die dazu notwendigen Einrichtungen zu fördern.

Das auf dem Dortmunder Parteitag beschlossene Aktionsprogramm bedarf der weiteren Entwicklung. Die Ergebnisse der Parteidiskussion werden dabei verarbeitet werden.

Probleme der Demokratie

Die SPD bekennt sich zur rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie als der einzigen Staatsform, in der das ganze Volk mitbestimmend und mitverantwortlich für seine Regierung sein kann. Die Sozialdemokratie bejaht deshalb die Bundesrepublik als das zurzeit einzige demokratische Staatsgebilde Deutschlands. Aber sie hält daran fest, daß die Bundesrepublik ein Provisorium ist und daß ein geeintes, demokratisches Deutschland das vordringliche Ziel jeder deutschen Politik sein muß.

Die Sozialdemokratie betrachtet mit ernster Sorge eine Entwicklung, die dahin führt, daß die Parlamente ihre Rechte immer mehr durch die Bürokratie einengen lassen.

In der Personalpolitik muß in erster Linie der Maßstab sachlicher Eignung und demokratischer Zuverlässigkeit angelegt werden. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie bedeutet nicht den Verzicht auf öffentliches Wirken auch außerhalb des Parlaments. Die Stellung einer Partei im Parlament hängt weitgehend von ihrem Einfluß außerhalb des Parlaments ab. Daraus ergibt sich eine große Aufgabe für Sozialdemokraten, die in den gewerkschaftlichen Organisationen, in kulturellen und sportlichen Vereinen und Verbänden tätig sind.

Es gibt viele Möglichkeiten demokratischer Selbsthilfe. So sind zum Beispiel die Versuche, ein undemokratisches Wahlgesetz zu schaffen, die Gewerkschaften gleichzuschalten,

ein Propagandaministerium zu errichten, vor allem am Widerstand von Kräften außerhalb des Parlaments gescheitert.

SPD und Kirchen

In der Präambel zum Aktionsprogramm wird auch der Wert und das Recht der christlichen Kirchen und anderer weltanschaulicher Gemeinschaften besonders betont und die Freiheit für jeden gefordert werden, seine eigene Weltanschauung zu bekennen. Daraus ergibt sich die Anerkennung der Gleichberechtigung der verschiedenen Auffassungen, die Achtung und der Respekt vor der Ernsthaftigkeit der politischen Haltung und der Lebensführung Andersdenkender und die Garantie der freien Ausübung religiöser und politischer Betätigung für alle, die das gleiche Recht allen anderen Menschen zubilligen.

Möglichkeiten praktischer Zusammenarbeit der Sozialdemokratie und der Kirchen sind — in klarer Abgrenzung gegen jeden Versuch der Konfessionalisierung und Klerikalisierung des öffentlichen Lebens — wahrzunehmen.

Die Bildungsarbeit der SPD

Die Grundlage der ständigen Entwicklung des geistigen Lebens in der Sozialdemokratischen Partei ist die Bildungsarbeit. Die Einrichtung einer zentralen Bildungsstätte wird dieser Arbeit neue und starke Impulse geben. Die Tätigkeit der neuen Schule wird mit der Bildungsarbeit aller Ebenen der Parteiorganisation abgestimmt werden. Eine besondere Lehrplankommission wird dafür Vorschläge erarbeiten. Darüber hinaus ist bei der Auswahl der Schüler eine enge Zusammenarbeit zwischen der Leitung der Schule und den für die Bildungsarbeit in den Bezirken und Unterbezirken verantwortlichen Vertrauensleuten vorgesehen.

II.

Symbole

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Parteien der Sozialistischen Internationale ist die rote Fahne das Wahrzeichen der Glaubenskräfte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus. In Zeiten politischer Unterdrückung schöpften Millionen daraus die Kraft, unter Einsatz ihrer Person und ihres Lebens für die Freiheit zu kämpfen. Ein Verzicht auf die rote Fahne würde uns auch als Preisgabe unserer internationalen Ziele ausgelegt werden. Die rote Fahne ist aus traditionellen, politischen und menschlichen Gründen unlöslich mit dem Sozialismus verbunden. Auch ihr Mißbrauch durch die Kommunisten und Faschisten setzt ihren Wert als Symbol des demokratischen Sozialismus nicht herab. Die Sozialdemokratische Partei führt zudem in der roten Fahne das Zeichen «SPD».

Das Symbol der deutschen Demokratie ist historisch und staatsrechtlich die schwarz-rot-goldene Fahne. Für diese Fahne sind größte Opfer an Gut und Blut gebracht worden, für sie sind tausende im Kampf um die Freiheit gefallen. Deshalb wird bei allen geeigneten Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei zusammen mit der roten Fahne die schwarz-rot-goldene Fahne gezeigt.

Die Anrede «Genosse» ist in der Partei im Kampf für gemeinschaftliche große Ideen als Ausdruck besonderer Verbundenheit entstanden. Diese Betonung innerer Verbundenheit ist ein Zeichen solidarischer Kraft.

Die Organisation der Partei

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit der Vielseitigkeit ihrer Aufgaben gibt jedem Mitglied die Möglichkeit der Mitarbeit. Die Grundlage für politische und öffentliche Wirksamkeit von Sozialdemokraten ist die Partei. Die Bedeutung der poli-

tischen Organisation muß wieder stärker in das Bewußtsein der Menschen gebracht werden. Der Aufbau der Organisation wird seit Jahrzehnten von Parteitag zu Parteitag geprüft, geformt und verbessert.

Oberstes Organ der Sozialdemokratischen Partei ist der Parteitag. Er beschließt die politischen und organisatorischen Richtlinien für die Gesamtpartei. Er wählt den Parteivorstand, dem die Leitung der Partei obliegt. Er besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und einer vom Parteitag festgesetzten Zahl von 5 hauptamtlich und 23 ehrenamtlich tätigen Mitgliedern. Sie sind an den Entscheidungen des Parteivorstandes beteiligt und dafür verantwortlich.

Zur gemeinsamen Beratung mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtheit berührende politische Fragen und über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen ist der Parteiausschuß bestimmt. Er besteht aus den Vertretern der Bezirksvorstände. Der Parteiausschuß muß stärker aktiviert werden, wozu der § 24 des Organisationsstatuts eine Grundlage bietet.

Der Parteivorstand ist die kollegial beschließende Leitung der Partei zwischen den Parteitagen. Er setzt sich mit den aus der Mitgliedschaft kommenden Anregungen und Beschlüssen ständig auseinander, verarbeitet sie für seine eigene Meinungsbildung und regt die geistige Mitarbeit innerhalb der Partei an. Auf die Partei läßt sich das aus dem staatlichen Leben herangezogene Beispiel der Trennung zwischen Exekutive und Legislative nicht anwenden.

Vorbedingung für die Entfaltung breiteren demokratischen Lebens in der Partei ist die Mitgestaltung der Parteiarbeit durch einen möglichst großen Kreis. Dem würde die Einrichtung eines Generalsekretariats mit seiner stärkeren Tendenz zur Bürokratisierung entgegenwirken.

Das Verfahren der Auslese für die Besetzung von Vertrauensstellen ist die Wahl. Die charakterliche und sachliche Eignung der Kandidaten muß gewährleistet sein. Gewählte Vertreter sind kein Apparat, sondern abberufbare, von der Zustimmung der Mitglieder getragene Vertrauensleute. Ihnen obliegt in den Vorständen auf allen Organisationsebenen die kollegiale Leitung der Partei. Wir sollten darauf sehen, das Wort «Funktionär» wieder durch «Vertrauensleute» zu ersetzen.

Die Organisationsarbeit muß genau so bewertet werden wie die parlamentarisch-politische. Beide erfordern den ganzen Menschen! Ämterhäufung beeinträchtigt die Parteiarbeit erheblich. Doppelmandate im Bundes- und Landesparlament müssen deshalb vermieden werden. Wo sie für einen bestimmten Zeitabschnitt für unvermeidlich gehalten werden, sollen sie nur nach Rücksprache mit dem Parteivorstand zugestanden werden. Hauptamtlich für die Partei tätige Mitglieder bedürfen zur Übernahme eines Mandates der Verständigung mit den zuständigen Körperschaften der Partei.

Um die Arbeit in der Partei zu beleben und zu vertiefen und um Fernstehende zunächst zu interessieren, kann es wertvoll sein, wenn sich — im Einverständnis mit den zuständigen Parteileitungen — Arbeitsgemeinschaften bilden. Sie können auch durch eine beratende Tätigkeit auf ihrem Sachgebiet fruchtbare Arbeit leisten. Beschlußrecht haben die Arbeitsgemeinschaften nicht.

Jugendarbeit

Hunderttausend junge Menschen haben bereits den Weg in die Sozialdemokratische Partei gefunden. Um einen noch größeren Teil der Jugend zur Mitarbeit zu gewinnen, muß die Arbeit der sozialistischen Jugendorganisationen noch mehr als bisher gefördert werden.

Die «Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken» ist ein Teil der sozialistischen Bewegung. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Parteiorganisation und dem Jugendver-

band muß auf allen Ebenen hergestellt werden. Eine Neugründung der SAJ würde weder organisatorische noch politische Probleme der sozialistischen Jugendbewegung lösen.

Um den Mitgliedern der «Sozialistischen Jugend» bis zum 20. Lebensjahre den Parteibeitritt finanziell zu erleichtern, kann der monatliche Parteibeitrag auf 0,60 DM gesenkt werden, wenn sie ihre Beitragsverpflichtungen im Jugendverband erfüllen. Das Gemeinschaftsleben in der Partei ist für junge Menschen oft nicht anziehend genug. Sie müssen deshalb, ohne vom Parteigeschehen isoliert zu werden, den Rahmen für eine Arbeit und Geselligkeit finden, die ihren Anlagen entsprechen. Diese Aufgabe kann insbesondere von den Jungsozialisten getragen werden. Deren Arbeitsgemeinschaften bedürfen starker Unterstützung durch die Parteiorganisation.

Unseren Bürgermeistern, Gemeinde- und Stadtvertretern sowie allen Mandatträgern muß es ein besonderes Anliegen sein, sich mit den jungen Menschen und ihren Problemen zu beschäftigen.

Frauenarbeit

Genaue Untersuchungen der Wahlergebnisse haben gezeigt, daß überall dort, wo die Partei in der Frauenarbeit besondere Anstrengungen gemacht hat, Wählerinnen und Mitglieder gewonnen werden konnten. Diese Anstrengungen müssen verstärkt werden. In jedem Bezirksbüro müssen die Voraussetzungen für die Durchführung der Frauenarbeit geschaffen werden. Es ist anzustreben, eine Sekretärin oder einen Sekretär entweder nur für die Frauenarbeit oder für die Frauenarbeit und andere Ressorts einzusetzen.

Betriebsarbeit

Ein besonders wichtiges Arbeitsgebiet sind die Betriebe. Neue Mitglieder sind im wesentlichen in den Betrieben geworben worden. Ausbau und Arbeit unserer Betriebsorganisation werden von einem besonderen Ausschuß der Partei erörtert.

Vertriebene

Bei vielen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen bestimmt das Erlebnis der Flucht und der Vertreibung das politische Denken. Deshalb sind Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Partei für Vertriebene und Flüchtlinge besonders bedeutungsvoll. Sie gehen über den Rahmen einer bloßen Interessenvertretung hinaus.

Die Bezirke müssen auch der Tätigkeit der Vertriebenenverbände größere Beachtung schenken und dafür Sorge tragen, daß auch hier Sozialdemokraten aktiv mitwirken. Diese Tätigkeit liegt im Interesse der Partei und muß als solche anerkannt werden.

Propaganda und Werbung

Die propagandistischen und finanziellen Anstrengungen der Gesamtpartei für den Bundestagswahlkampf waren größer als bei irgendeiner anderen Wahl. Mit den Vorbereitungen ist früher als in allen bisherigen Wahlkämpfen begonnen worden. Alle Entscheidungen über die Führung des Wahlkampfes sind durch die zuständigen Beschlußorgane erfolgt.

Mehr als bisher hat sich die Partei moderner Werbemittel (Tonband, Kabarett, Filmwagen, Film, Laienspieler, Schallplatten, Rundfunk usw.) bedient. Die von manchen Seiten beanstandete Vielseitigkeit ist zurückzuführen auf Einzelwünsche aus den Parteiorganisationen. Eine Konzentrierung auf wenige allgemeine interessierende Punkte hätte wirksamer sein können.

Sowohl das Propagandamaterial als auch die Aufklärungsschriften der Partei sind oft zu spät, zum Teil überhaupt nicht, zum Teil an der falschen Stelle verbreitet worden. Es müssen also die Methoden der Verteilung verbessert, das heißt die Verteilung muß orga-

nisatorisch gesichert werden. Anderseits darf die Werbe- und Aufklärungsarbeit zwischen den Wahlen auf keiner Ebene der Partei ruhen. Der Wahlkampf selber ist nur ein besonderer Höhepunkt der Arbeit.

Größeres Gewicht muß auf die organisatorische Kleinarbeit gelegt werden, besonders auf die ständige Werbearbeit für die Partei in Betrieben, Haushaltungen und bei allen Zusammenkünften im Alltagsleben.

Um die Ausbildung von Rednern wird sich der Parteivorstand besonders bemühen.

Die Ergebnisse der Meinungsforschung werden noch mehr als bisher für die Parteiarbeit ausgewertet werden.

Presse

Bei der Beurteilung der Presse muß die seit 1933 völlig veränderte Lage berücksichtigt werden. Dies gilt vor allem für die sogenannte parteinahe Presse. Gewarnt werden muß aus finanziellen und politischen Gründen vor Experimenten, deren Erfolg von Anfang an fragwürdig ist.

Eine linke Tageszeitung für das Bundesgebiet erfordert riesige Zuschüsse. Sie würde außerdem zum Teil eine selbstgeschaffene Konkurrenz für die parteinahe Presse werden. Nur wenn sich beides in vertretbaren Grenzen hält, kann ein solcher Versuch gewagt werden.

Der «Neue Vorwärts» soll umgestaltet werden. Er soll vielseitiger und ansprechender werden. Der Charakter des Informationsorgans soll zurücktreten.

Für den 1. Mai ist geplant, mit der Herausgabe einer zweimonatlich erscheinenden Diskussionszeitschrift zu beginnen.

Um die politische Zusammenarbeit der parteinahen Presse zu erleichtern, sollen Konferenzen der Chefredaktoren häufiger als bisher stattfinden. Dem gleichen Zweck werden gemeinsame Tagungen der Fachredaktoren dienen. Auch eine ständige engere Fühlungnahme mit den Korrespondenten ist vorgesehen.

Eine eingehende Darstellung der Entwicklung der Presse in der Bundesrepublik, vor allem über ihre Beziehungen zur Parteiorganisation, wird dem Parteiausschuß möglichst bald zugeleitet werden.

Literatur

Hans Barth: *Pestalozzis Philosophie der Politik.* Eugen-Rentsch-Verlag, Erlenbach-Zürich.

Uns allen ist Pestalozzi bekannt als der große Erzieher und Wohltäter, dessen Wirkung und Einfluß weit über die Grenzen unseres Landes hinausreichte, so daß er zu den bedeutendsten Gestalten in der Geschichte der Pädagogik gehört. Das war aber keineswegs das einzige Anliegen dieses großen Denkers und Praktikers; wir finden nämlich in seinen zahlreichen Schriften, zerstreut, Gedanken zur Politik, die durchaus als eine Philosophie der Politik betrachtet zu werden verdienen, weil ihnen ein systematischer Wille zugrunde liegt. Daß man diesen Ausführungen bisher zu wenig Beachtung schenkte, ist wohl darauf zurückzuführen, daß Pestalozzi stark vom Gefühl beherrscht ist und somit zur begrifflichen Präzision nicht imstande war. Um so größer ist das Verdienst von Hans Barth, der es verstanden hat, eine einheitliche Linie herauszuarbeiten, ohne jedoch der Mannigfaltigkeit von Pestalozzis Werk irgendwie Gewalt anzutun. Als ausgezeichneter Kenner seiner Schriften zitiert Barth sehr geschickt aus verschiedenen Werken und knüpft daran seine eigenen Gedanken an, die uns ermöglichen, Pestalozzis politische Konzeption im Zusammenhang zu sehen.